

KOMMENTAR ZUM RASSISMUS IN DEN USA

Der Fisch stinkt vom Kopf her

An diesem Sonntag braucht Donald Trump nur ein paar Schritte zu gehen, um sich ein Bild von den Rechtsextremisten zu machen, die vor genau einem Jahr Chaos nach Charlottesville brachten. Die sogenannte „Alt-Right“ will diesmal nämlich nur ein paar hundert Meter vom Weißen Haus entfernt aufmarschieren. Nutzte der Präsident die Chance, könnte er feststellen, dass es unter diesen Demonstranten nicht eine einzige „sehr feine Person“ gibt. Trump hatte nach den Zusammenstößen in Charlottesville mit dieser Gleichsetzung zwischen Neonazis und Gegen-demonstranten für einen Aufschrei der Empörung gesorgt.

Statt sich klar und deutlich von Personen zu distanzieren, die mit Fackeln durch die Straßen zogen und „Juden werden uns nicht ersetzen“ skandierten, schockierte der Präsident seine Landsleute damals mit dieser Verharmlosung rechter Hetzer. Selbst wenn Trump nicht explizit die Neonazis gemeint haben will, sondern Südstaatler, die gegen die Demontage von Denkmälern für rassistische Generäle der Konföderierten sind, hat er viel dazu beigetragen, rechtsradikales Denken zu normalisieren.

Richtig verwundern muss das angesichts des offen geäußerten Rassismus des Präsidenten nicht. Trump lässt selber keine Gelegen-

heit aus, kritische Schwarze als Menschen mit „geringem IQ“ abzukanzeln, Mexikaner zu „Vergewaltigern“ und „Drogenhändlern“ abzustempeln und Muslime aus bestimmten Ländern als „Terroristen“ zu denunzieren.

Seine ehemalige Mitarbeiterin im Weißen Haus, die Afroamerikanerin Omarosa Manigault Newman, sagte am Vorabend des Jahrestags, Trump habe in ihrer Gegenwart regelmäßig das Wort „Nigger“ gebraucht und den philippinischen Ehemann seiner Beraterin Kellyanne Conways als „Fucking FLIP“ oder „Goo-Goo“ bezeichnet.

Kein Wunder, dass die Hassverbrechen in den USA unter Trump zunahm und knapp ein Drittel der Amerikaner am Jahrestag von Charlottesville das Verhalten der Rassen zueinander für das größte Problem in der gespaltenen Gesellschaft der USA hält. Der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf her.

an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

THOMAS SPANG
(WASHINGTON)



KOMMENTAR ZU JAN ULLRICH

Hilfe, nicht Häme

Es sind schwere Zeiten für Jan Ullrich. Gestern wurde der Ex-Radprofi vorübergehend festgenommen – der vorläufige Tiefpunkt einer Woche reich an Negativschlagzeilen. Es ist Ullrich selbst, der diese Schlagzeilen liefert. Er ist kein Verfolgter der Medien. Schon gar nicht deren Opfer.

Ihn, den einzigen deutschen Gewinner der Tour de France, zu sehen, wie er an der Zerstörung seines Lebenswerkes arbeitet, tut weh. Was mit seiner Verwicklung in den spanischen Dopingandalen „Fuentes“ begann und 2007 in seinem Karriereende gipfelte, setzte sich für Ullrich in seinem Leben nach dem Profi-Radsport fort.

Ullrich ist kein Einzelfall. Es gibt andere gefeierte Sportler und Prominente, die den Sprung aus dem Scheinwerferlicht nicht verkraftet haben. Was sie brauchen, ist Hilfe, nicht Häme. Und aufrichtige Menschen an ihrer Seite.

t.thelen@zeitungsverlag-aachen.de

THOMAS
THELEN



ANSICHT

Ein leidenschaftlicher Journalist kann kaum einen Artikel schreiben, ohne im Unterbewusstsein die Wirklichkeit ändern zu wollen.

Rudolf Augstein (1923-2002), Deutscher Journalist



Gedenken an die Opfer des Nazi-Terrors: Muslimische Flüchtlinge und jüdische Deutsche legen in Auschwitz Blumen nieder.

FOTO: DPA

Vereint im gemeinsamen Gedenken

Juden und muslimische Flüchtlinge besuchen das Vernichtungslager Auschwitz. Der Aachener Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime in Deutschland hat die Reise mitorganisiert.

VON LETITIA WITTE

OSWIECIM/BONN Diese Reise war mit Spannung erwartet worden. Fünf Tage lang waren junge Juden und muslimische Flüchtlinge, die jetzt in Deutschland leben, in Polen unterwegs. Und sie besuchten gemeinsam den Ort, der das Symbol für den Holocaust und Grausamkeiten der Nationalsozialisten ist: das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz. Dort wurden Schätzungen zufolge etwa 1,1 Millionen Menschen ermordet.

„Es war eine harte Reise“, fasst der 18-jährige Abdullatis aus Aleppo zusammen. „Als ich das gesehen habe, war es schrecklicher als gedacht.“ In der Schule seien ihm viele Details nicht vermittelt worden. „Ich wurde so erzogen, dass wir alle anderen Religionen respektieren müssen. Ich hatte einen Freund, der Jude war.“ Abdullatis, der seinen Familiennamen nicht nennen möchte und seit 2016 in Deutschland lebt, betont: „Wir sind antizionistisch, nicht antisemitisch erzogen worden.“

Nach einem Aufenthalt in Krakau, der Besichtigung von Auschwitz und einer interreligiösen Gedenkfeier dort stehe für ihn fest: „Ich denke, dass wir einfach in Frieden leben sollten.“ Er wolle Freunden und Be-

kannten von der Reise erzählen und seine Meinung über Juden vermitteln: „Das sind doch Menschen wie wir.“ Und von all diesen Menschen will Abdullatis Telefonnummern mit nach Hause nehmen.

Damit greift er eine Hoffnung auf, die die Generalsekretärin der Union progressiver Juden, Irith Michelson, im Vorfeld geäußert hatte:

Dies kann der Anfang eines friedlichen Zusammenlebens in Deutschland werden.

Irith Michelson,
Generalsekretärin der Union
progressiver Juden

„Dies kann der Anfang eines friedlichen Zusammenlebens in Deutschland werden.“ Am Ende der Reise sagt sie: „Wir sind eine Gruppe geworden.“ Die 25 jungen Leute wollten schon jetzt ein Nachtreffen. Michelson sagt, wenn man ein solches Zusammensein vorlebe, könne man zeigen, dass ein Miteinander jenseits von Vorurteilen und Hass möglich sei.

Der frühere Landesrabbiner Henry G. Brandt, der bei dem Gedenken eine Ansprache hielt und das jüdische Totengebet Kaddisch sprach, sagt, dass der Kreis der Reisenden freilich nicht so groß sei, dass er die Gesellschaft verändern könne. Aber: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“

Auf die Beine gestellt hatten die

Reise die Union progressiver Juden in Deutschland und der Zentralrat der Muslime in Deutschland. Die Teilnehmer stammen aus Thüringen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Bei der Gedenkfeier mit Kranzniederlegung waren auch die Ministerpräsidenten von Thüringen, Bodo Ramelow (Linke), und von Schleswig-Holstein, Daniel Günther (CDU), sowie die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien (CDU) dabei.

Er könne sich ähnliche Reisen als etwas Regelmäßiges vorstellen, sagt Günther. Die jüngste Fahrt sei ein erstes Unterfangen. Der Impuls von Union und Zentralrat sei wichtig, so Ramelow. Mehr solcher Begegnungsformate seien wünschenswert. In Deutschland sei die Religionsfreiheit ein Gut, das verteidigt werden müsse. Wichtig sei, füreinander einzustehen und einen „langen Atem“ zu haben – auch wenn es manchmal schwierig sei, unterschiedliche Positionen auszuhalten.

Sich kennenzulernen, sei wesentlich, betont auch Brandt. „Denn wer

den anderen kennt, ist gefeit vor Hass.“ Der 26-jährige Dan Rattan, Vorstandsmitglied der Union progressiver Juden, sagt, wenn man miteinander spreche, könne Gutes entstehen. Damit könne man vielleicht niemanden mit extremen Positionen erreichen – sehr wohl aber offene Menschen.

Folgeprojekte geplant

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, sieht eine Verantwortung von deutschen Muslimen für ihr Land. Als muslimische Deutsche habe man die Gedenkstätte besuchen wollen, „weil wir, weil der Islam Teil unseres Landes ist und wir damit selbstverständlich auch Verantwortung für unser Land tragen“, sagt der gebürtige Aachener. „Jede Form von Antisemitismus, gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit und Rassismus ist eine Sünde im Islam.“

Was folgt also aus der Reise? Die Union und der Zentralrat wollten sich zu einem späteren Zeitpunkt zusammensetzen und über mögliche Folgeprojekte beraten, kündigt Rattan an. Auch sei es künftig für jeden Einzelnen leichter, bei antisemitischen Vorurteilen einzuschreiten.

Spaniens neue Regierung setzt auf eine humanere Flüchtlingspolitik

Der Sozialist Pedro Sánchez hat mit dem Kurs seines konservativen Vorgängers Mariano Rajoy gebrochen. Am Wochenende besucht ihn die Kanzlerin.

VON EMILIO RAPPOLD

MADRID. Als der Sozialistenführer Pedro Sánchez am 1. Juni in Spanien den Ministerpräsidenten Mariano Rajoy per Misstrauensvotum stürzte und selber in den Madrider Palacio de la Moncloa einzog, gab es im Bundeskanzleramt sicher kaum Jubel. Rajoy galt als einer der engsten Verbündeten Angela Merkels in Europa. Dass Sánchez nur wenig später der Kanzlerin im Migrationsclinch mit der CSU einen großen Rettungsring zuwerfen würde, konnte in Berlin damals ja niemand voraussehen. Keine Überraschung ist derweil, dass Merkel jetzt unmittelbar nach Urlaubsende ihren früheren Kritiker Sánchez in dessen offizieller Sommerresidenz besucht.

Spanien ist seit Montag das erste EU-Land seit der Vorlage des „Masterplans“ zur Migrationspolitik von Innenminister Horst Seehofer (CSU), mit dem Berlin ein Abkommen zur Rücknahme von Asylbewerbern unterzeichnete. Wenn man im Moncloa-Palast nach der Bedeutung der Vereinbarung anfragt, dann spricht man dort von einer „Ges-

te“ zur Unterstützung Merkels, da man nur mit kaum mehr als hundert Rücküberstellungen pro Jahr rechne.

Das Thema Migration soll auch beim informellen Treffen am Wochenende im Mittelpunkt stehen. In dieser Frage hätten Berlin und Madrid „einen gemeinsamen Ansatz“, betont die neue spanische Regierung.

Hilfen aus der Bevölkerung

Anders als sein Vorgänger fährt Sánchez als frischgebackener Regierungschef in der Migrationspolitik einen mutigen Kurs. Seitdem Italien und Malta im Juni den privaten Seerettungsdienst in ihre Häfen verweigerten, ist es Spanien, das sich der vor der libyschen Küste geborgenen Flüchtlinge immer wieder annimmt.

Daneben beschloss Sánchez, die (rund 800 000) illegal in Spanien lebenden Menschen wieder ins Gesundheitssystem aufzunehmen. Rajoy hatte sie 2012 ausgeschlossen. Zeichen setzte Madrid auch mit der Ankündigung von Innenminis-

ter Fernando Grande-Marlaska, die umstrittenen messerscharfen Klängen an den Grenzzäunen der Afrika-Exklaven Ceuta und Melilla zu entfernen. „Es gibt weniger grausame Methoden“, sagte der Minister.

Wird Spanien damit vom Urlaub- auch zum Flüchtlings-El-Dorado? Und kann sich Sánchez, der nur mit einer Minderheit der Parlamentssitze regiert, diese gewagten Vorstöße innenpolitisch leisten? Nach jüngsten Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind dieses Jahr bis zum 5. August von Nordafrika aus insgesamt 23 741 Flüchtlinge auf dem Seeweg in Spanien angekommen. Das sind bereits mehr als im Gesamtjahr 2017 (21 600). Auf EU-Territorium gelangen illegale Migranten aber auch, indem sie oft zu Hunderten nach Ceuta und Melilla an der Nordküste Afrikas stürmen.

Die Spanier haben bisher kaum protestiert. Im Gegenteil: An Rathäusern prangen große Plakate mit der Aufschrift „Flüchtlinge willkommen!“. Supermarktketten spenden Lebensmittel und andere Dinge, Tausende Bürger melden sich bei

den Behörden, um Flüchtlinge – vor allem Frauen, Jugendliche oder Kinder – aufzunehmen. Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt.

Das spanische Flüchtlingshilfswerk CEAR klagt, dass 2017 in Spanien nur 35 Prozent von 13 850 Asyl-anträge positiv beschieden wurden. Die Quote liege damit rund zehn Punkte unter EU-Schnitt. Die abgewiesenen Migranten werden in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Menschenrechtsgruppen monieren die „menschenunwürdigen“ Zustände in den total überfüllten Internierungszentren (CIE) und Erstaufnahmезentren (CAR), in denen Migranten oft monatelang ausharren müssen.

Gegenwind von Rechts

Die einflussreichen konservativen Medien und die rechte Opposition klagen, Spanien erlebe aufgrund „der Lockwirkung“ der Politik der Sozialisten eine „Flüchtlingslawine“. Kritik an Sánchez regt sich aber auch bereits in den eigenen Reihen. Nach der Ankunft des letzten Rettungsschiffes beschwerte sich die

sozialistische Regionalregierung Andalusiens erstmals über zu geringe Finanzhilfe aus Madrid. Die Verteilung der in Andalusien eintreffenden Migranten auf andere Regionen Spaniens müsse zudem besser koordiniert werden.

Es ist nicht auszuschließen, dass die paar Dutzend Menschen, die am Donnerstag anlässlich der Ankunft des Rettungsschiffes an einer Protestkundgebung der kleinen ultrarechten Partei Vox in Algeciras teilnahmen und ausländerfeindliche Parolen riefen, bald Zulauf bekommen, vor allem in Andalusien, einer der ärmsten Regionen des Landes. Dass das mit Berlin unterzeichnete Abkommen dazu beiträgt, glaubt man in

Madrid allerdings nicht.

Sánchez, der zu Hochzeiten der Eurokrise Merkel und die von der Kanzlerin propagierte Sparpolitik scharf kritisiert hatte und nun von manchen Medien daheim süffisant als „Retter“ Berlins tituliert wird, versuchte dem Abkommen Zündstoff zu nehmen: Deutschland habe sich dazu verpflichtet, die Kosten für die Rücküberstellung der Migranten zu übernehmen, und wolle Spanien auch beim Schutz der Außengrenze der EU finanziell unterstützen, versicherte er. „Das Wichtige der Vereinbarung ist nicht die Anzahl (der Migranten, die Deutschland zurück-schicken wird), sondern die Philosophie, die dahintersteckt“, sagte der Generalsekretär für Internationale Angelegenheiten der Regierung, José Manuel Albares. Die Flüchtlinge seien nicht Sache von Deutschland oder Spanien, sondern von ganz Europa. Man müsse sich gegenseitig helfen.



Ist seit dem Frühjahr Regierungschef: Pedro Sánchez.

FOTO: DPA